

Stadtrat stimmt zu:

Zentralbad für islamkonformes Schwimmen bereit

Der Stadtrat hat auch mit den Stimmen der CDU den Antrag des **BBB** rundweg abgelehnt, bei der Planung des Zentralbades im Wasserland auf Sichtschutzvorrichtungen zu verzichten und dort kein "islamkonformes" Schwimmen mit Vorhängen vor den Glasflächen und ohne Aufsicht durch Bademeister zuzulassen. Zuvor hatte OB Ashok-Alexander Sridharan erneut wenig glaubwürdig behauptet, Trennvorhänge seien nur vorgesehen, um bei Meisterschaften die Wettkampfschwimmer vor Ablenkung durch Zuschauer zu schützen. Der **BBB** fragt sich, warum der OB dann nicht gleich auf die geplante Zuschauertribüne dort verzichtet?

Der **BBB** lehnt als einzige Ratsfraktion weiter im geplanten Zentralbad islamkonformes Schwimmen aus angeblich religiösen Gründen getrennt nach Geschlechtern und rundum abgeschottet ab. Für ihn widerspricht dies den kulturellen Grundwerten unserer Gesellschaft und für ihn ist dies der Integration von Musliminnen in unserer Stadt nicht förderlich.

Bemerkenswert: Aus den Reihen des Rates wurde den zahlreichen Kritikern des islamkonformen Schwimmens in der Bonner Bevölkerung dreist eine Nähe zum Rechtsextremismus vorgeworfen. Besonders taten sich dabei Linke und Grünen hervor, die sich in abfälliger Weise über die zahlreichen ablehnenden Leserbriefe äußerten, die gerade von Frauen dazu im GA veröffentlicht worden waren.

Stadtrat fordert von der CDU-Landesregierung:

Verbot der Zweckentfremdung muss bleiben!



Im Koalitionsvertrag, den CDU und FDP vor Bildung der neuen Landesregierung geschlossen haben, heißt es im Kapitel "Mietrecht" u. a.: "Die Zweckentfremdungsverordnung werden wir aufheben." Damit entfielen die gesetzliche Grundlage für die Satzung der Stadt Bonn, die erst den Kampf gegen die Vermietung von Wohnungen an Gesundheitstouristen ermöglicht. Für Bad Godesberg wäre das eine Katastrophe, denn hier werden in großer Zahl dringend benötigte Wohnungen zu diesem Zweck von skrupellosen und geldgierigen Geschäftemachern missbraucht, die die Wohnungen hotelähnlich vermieten. Der Stadtrat hat daher gegen die Stimmen von CDU und FDP die Landesregierung dringend gebeten, von ihrem Vorhaben abzusehen.

Die Zweckentfremdung von Wohnraum ist gerade in Bad Godesberg ein Ärgernis für viele Bürger. Die Vermietung an die meist vielköpfige Begleitung von Medizintouristen führt zu erheblichen Konflikten und Unfrieden. Die Klagen reichen von überfüllten Mülltonnen, verschmutzten Treppenhäusern und Geruchsbelästigungen bis hin zu unerträglichem nächtlichem Lärm, der die Wohn- und Lebensqualität der übrigen Bewohner zerstört. Der **BBB** fordert daher von den Bonner CDU- und FDP-Landtagsabgeordneten sicherzustellen, dass das unsinnige Vorhaben im Koalitionsvertrag wieder gestrichen wird.

Der Ehrliche ist immer der Dumme

"Als Hoteliers sind meine Kollegen und ich verpflichtet, alle Sicherheitsauflagen zum Wohl der Gäste zu erfüllen, Maßnahmen, die zum Teil mit erheblichen Kosten verbunden sind. Wir ziehen von den Privatreisenden Bettensteuer für die Stadt Bonn ein und versteuern unser Einkommen ordnungsgemäß.

Wie sehen die Sicherheitsstandards und Rettungswege in zweckentfremdeten Wohnungen aus? Wie viel Steuereinnahmen entgehen der Stadt Bonn durch illegale Vermietung? Hier liegen Schätze für die Stadtkämmerin verborgen."

Leserbrief von Friederike Sträter im Bonner Generalanzeiger

BBB fordert statt zentraler Leitstelle:

Aufsicht vor Ort in Garagen belassen



Die Stadtwerktochter City Parkraum, die die meisten Bonner Tiefgaragen betreibt, überwacht seit dem Jahreswechsel ihre Parkhäuser nur über eine zentrale Leitstelle an der Fürstenstraße. Was die Geschäftsführung der Gesellschaft als "effektive und qualitative Verbesserung" verkauft, stellt für den **BBB** eine Verschlechterung des Service und der Sicherheit dar. Gerade bei Frauen stärkte besonders in den Abendstunden die Anwesenheit eines Mitarbeiters im Kassensbereich das Sicherheitsgefühl. Jetzt muss im Notfall Hilfe aus der Zentrale herbeirufen werden, selbst in der Friedensplatzgarage. Für den **BBB** ist es unverständlich, dass die Stadt von der Polizei mehr Präsenz vor Ort wünscht, in den eigenen Garagen aber auf eine Notruf-Zentrale weit weg verweist und Personal einspart.

WCCB: Konzertsaal mit Mängeln



2,5 Mio. Euro ließ es sich die Stadt kosten, um nachträglich im Kongresszentrum einen Saal abteilen zu können, der für Konzerte nutzbar sein sollte. In der Praxis stellten sich Mängel heraus, die der **BBB** moniert hat. Die Wände können an einer Seite gar nicht geschlossen werden, die klaffende Lücke muss mit einem Vorhang verdeckt werden (Bild). Die beschlossenen Pläne sahen anders aus. Und auch die Klimaanlage ist nicht darauf eingestellt, dass im Saal manchmal pianissimo gespielt wird. Festspielatmosphäre lässt sich so nicht herbeizaubern.

Prima Idee der Stadtwerke:

Schönes Stadtbild durch Schaltkästen



Nach und nach lassen die Stadtwerke ihre Schaltkästen im Stadtgebiet verschönern. Der vor dem Rathaus ist ein kleines Kunstwerk geworden. Und mit der Aktion "Bunt statt dreckig" haben sie die Bonner eingeladen, neue Standorte mit Bonner Motiven vorzuschlagen. Da kann man nur Danke sagen.

RATS-REPORT 01/18

BBB



Die Ampel der Beethovenhalle ist auf Rot umgesprungen

Termin geplatzt - Chance vertan

Die Sanierung der Beethovenhalle wird nicht nur immer teurer, sondern auch zum großen Jubiläumsfest Beethovens nicht fertig. Jetzt rechnen die Verantwortlichen erst mit Frühjahr 2019 und Projektleiter Stadtdirektor Fuchs gibt einstweilen keinen konkreten Termin mehr bekannt. Konsequenz: Alle Festveranstalter müssen das Fest-Programm ohne diese zentrale Veranstaltungsstätte planen. Und tun gequält so, als ob dies eine ganz tolle Chance sei.

Da die Halle eh nicht zum Fest saniert sein wird, wollte der **BBB** dies nutzen, um ohne Druck darüber nachzudenken, ob die Baumaßnahme nicht noch abgespeckt werden kann und ob alternativ nicht am Standort der Beethovenhalle der Neubau eines Opernhouses, in dem dann auch weiter Konzerte stattfinden, eine wirtschaftlichere und zukunftssträchtigere Lösung sein könnte. Die Mehrheit von CDU, FDP und Grünen hat alle Anträge, weitere Baumaßnahmen zu stoppen und sich in Ruhe Zeit zum Nachdenken zu geben, verworfen.

Selbst CDU sprach Klartext

CDU-Fraktionschef Dr. Klaus-Peter Gilles, selbst erfahrener Projektingenieur, wertete im Rat die bei der Beethovenhalle aufgetretenen bautechnischen Schwierigkeiten als normal und beherrschbar. Er sah die Ursachen für das entstandene Chaos allein in der mangelhaften Planung und Leitung der Baumaßnahme und richtete seine Kritik damit an Projektleiter und StD. Wolfgang Fuchs.

BBB: Kein Kommerz am Sonntag

Der **BBB** hat kein Verständnis für die Entscheidung der CDU-Landesregierung, die Laden-Öffnungszeiten an Samstagen bis auf 24 Uhr auszudehnen und künftig an doppelt so vielen Sonntagen wie bisher die Geschäfte öffnen zu lassen. Innerhalb Bonns dürfen bis zu 16 Sonn- und Feiertage pro Jahr freigegeben werden. Für den **BBB** ist das die falsche Antwort auf das Bedürfnis nach mehr Ruhe und Zeit für die Familie. Leidtragende werden wieder viele Frauen sein, die im Einzelhandel beschäftigt sind und am Sonntag keine Zeit für ihre Familien haben werden.

Weiter kein Controlling des OB bei Großprojekten

"Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser - vor allem, wenn es um Steuerzahlergelder geht. OB Ashok-Alexander Sridharan will eine Ankündigung aus seinem Wahlkampf umsetzen und ein zentrales Finanz- und Projektcontrolling in der Stadtverwaltung einführen... Besonders bei Großprojekten solle das Controlling beitragen, den Zeit- und Kostenrahmen einzuhalten und frühzeitig Risiken zu erkennen. Bei Bauprojekten wie dem WCCB und dem Haus der Bildung waren die Kosten in den vergangenen Jahren völlig aus dem Ruder gelaufen..." Andreas Baumann im General Anzeiger vom 20.04.2016

"Ich werde das Projekt eng begleiten und mit den Kollegen darauf achten, dass wir den Zeit- und Kostenrahmen einhalten. Ich bin überzeugt, dass wir 2020 eine geeignete Spielstätte haben werden."

OB Ashok-Alexander Sridharan zur Beethovenhalle am 20.10.2016 im GA
Bei der Beethovenhalle ist von einem wirksamen Projektcontrolling durch OB Ashok-Alexander Sridharan nachweislich nichts zu spüren.



Das Studio der Beethovenhalle gehört schon der Vergangenheit an.

Beethovenhalle ein Desaster für die Ratskoalition

Die Ratskoalition aus CDU, FDP und Grünen setzte im Mai 2015 mit ihrer Mehrheit im Stadtrat ihren Traum von einer luxus-sanierten Beethovenhalle durch. Auf wackliger Grundlage einer Kostenschätzung von 47,5 Mio. Euro hofften sie auf eine Fertigstellung im September 2018. Der **BBB** plädierte vergeblich für eine bescheidenere Lösung, bei der man auf zahlreiche Umbauten und Abbrüche sowie einen 5 Meter tief gelegten Probenraum für das Beethovenorchester an Stelle des vorhandenen Studios verzichtet hätte. Abgelehnt wurde auch sein Vorschlag, stattdessen eine der vorhandenen oder neu zu bauenden Schulaulen gleichzeitig als Probenraum für das Orchester einzurichten. Dann ging der rasante Anstieg der Netto-Kosten gleich richtig los:

Mai 2015:	48,39 Mio. Euro (DS 1513379ST2)
April 2016:	50,58 Mio. Euro (DS 1711810)
September 2016:	56,47 Mio. Euro (DS 1711810)
Juni 2017:	60,44 Mio. Euro (DS 1711810NV2)
März 2018:	76,53 Mio. Euro (DS 1810858)

Bislang läuft erst der Rückbau im Gebäude, und schon trudeln die ersten Nachträge in Höhe von mehr als 2 Mio. Euro ein, die die Stadt klaglos zahlen muss, da sie unter Zeitdruck steht. Wie wird das wohl erst weitergehen, wenn der zum Teil äußerst komplizierte Innenausbau mit zahllosen zeitgleich auszuführenden Gewerken beginnt?

In der augenblicklich verbreiteten Gesamtsumme sind noch nicht einmal die neuen Stühle für rd. 1 Mio. Euro eingerechnet, die man braucht, wenn man in der Beethovenhalle nicht nur Stehpartys durchführen will. Merke: Was diese Koalition aus CDU, FDP und Grünen in die Hand nimmt, geht garantiert in die Hose. Die deutsche Botschaft in Jamaika liegt eben nicht ohne Grund an der Waterloo-Street.

BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn · Altes Rathaus, Markt 2 · 53111 Bonn
Telefon 0228/77 54 45 · Fax 0228/77 54 47 · www.bbb-im-rat.de · bbb.fraktion@bonn.de
v.i.S.d.P.: BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Spenden an den Verein Bürger Bund Bonn: Sparkasse KölnBonn, IBAN: DE07 3705 0198 0052 0004 37

Zahlen aus CDU-, CSU- und SPD-Ministerien beweisen:

Bonn-Berlin-Gesetz ist das Papier nicht wert

"Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite politische Zentrum."

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 16. Dezember 2013

"Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum."

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018

Dazwischen wurde 4 Jahre lang weiter eifrig Personal in den Bonner Ministerien abgebaut und gegen das Gesetz verstoßen. Nicht einmal mehr jeder dritte Beschäftigte der Bundesregierung arbeitet am Rhein. Dies belegen jüngste Zahlen der Bundesregierung auf Anfrage der Bonner Bundestagsabgeordneten Katja Dörner (Grüne) und Ulrich Kelber (SPD): Demnach verfügen in der Bundeshauptstadt das Kanzleramt und die Fachministerien über 12.600 Stellen, während die Bundesstadt nur noch knapp 6.300 Posten verzeichnet. Damit fiel die Quote der Beschäftigten in Bonn erstmals unter ein Drittel. Das Berlin/Bonn-Gesetz sieht stattdessen vor, dass mehr als die Hälfte der Stellen in Bonn angesiedelt sein sollen.

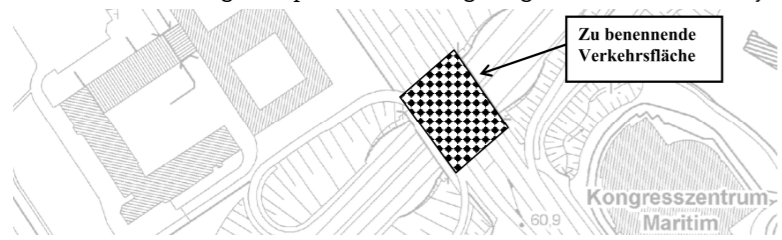
Jetzt will OB Ashok-Alexander Sridharan über eine Änderung mit Innenminister Horst Seehofer verhandeln. Der **BBB** wettet, dass sich auch weiter nichts an den regelmäßigen Gesetzes-Verstößen von CDU-, CSU- und SPD-Ministern ändern wird.



Nicht die Bahn-Haltestelle, nur die Straßenoberfläche soll an Helmut Kohl erinnern

BBB: Zu schäbige Erinnerung an Helmut Kohl in Bonn

Man mag über den Politiker und Bundeskanzler Helmut Kohl denken, was man will. Die Stadt Bonn hätte allen Grund, dem Kanzler der Einheit über seinen Tod hinaus dankbar zu sein. Denn ihm ist zu verdanken, dass mit dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeskunsthalle zwei Attraktionen an der Museumsmeile geschaffen wurden, die jährlich mehr als eine Million Besucher in unsere Stadt locken. Ihm ist zu verdanken, dass Bonn heute Standort von zwei Dax-Unternehmen ist. Denn er hatte sich gegen den erklärten Willen des damaligen Postministers Schwarz-Schilling für den Verbleib des Postministeriums in Bonn ausgesprochen und damit die Weichen für Bonn als Sitz von Telekom und Post AG gestellt. Bonn dankt ihm das alles künftig mit simplen Straßenschildern an einem „Platz“ im Niemandsland ohne Anlieger: Das Straßenstück links und rechts der Haltestelle Olof-Palme-Allee soll den Namen Helmut Kohls tragen. Die Umbenennung der Haltestelle, die früher schon einmal „Platz der Vereinten Nationen“ hieß, war der CDU für ihren Alt-Kanzler zu teuer. Für den **BBB** ist es schäbig, die Erinnerung an Helmut Kohl in Bonn noch minderwertiger zu behandeln als die an die grüne politische Eintagsfliege namens Petra Kelly.



Dieses Fleckchen Straße soll in Bonn nach Helmut Kohl benannt werden

Chance für Bonn verpasst

Als zu den 40 000 Mitarbeitern im Regierungsviertel für die zwei Wochen der Klimakonferenz im November 2017 noch einmal bis zu 25 000 Delegierte hinzukamen, hatte der **BBB** vergeblich angeregt, in dieser Zeit zusätzlich den Rhein zu nutzen und als neues innerstädtisches Verkehrsmittel Wassertaxis anzubieten. Diese Idee wird in Sonntagsreden immer wieder vorgetragen. Für den **BBB** hätte sich die Gelegenheit geboten, diese Transportmöglichkeit einem ersten echten Praxistest zu unterziehen. Der Bund hätte seinen Gästen ein umweltfreundliches und an den Bedarf der Klimakonferenz angepasstes zusätzliches Verkehrsangebot zur Verfügung stellen können.

Gericht rügt CDU, SPD und Grüne:

Änderung war verfassungswidrig



Der **BBB** begrüßt, dass es noch unabhängige Richter am Verfassungsgericht von NRW gibt. Sie fällten nämlich ein einmaliges Urteil, das eine Verfassungsänderung für verfassungswidrig erklärte. Um sich lästige Konkurrenz in den Stadträten vom Hals zu schaffen, hatten sich SPD und Grüne Arm in Arm mit dem zu allem bereiten CDU-Mann Armin Laschet einen Trick einfallen lassen. Da sie keine Argumente für die Notwendigkeit einer Sperrklausel im Kommunalwahlgesetz finden konnten, die den hohen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes entsprachen, versuchten sie es über eine Sperrklausel in der Landesverfassung. Und behaupteten, dass sie hier einen bis zur Willkürgrenze reichenden Spielraum hätten. Das sahen die Richter anders und verlangten auch für eine Sperrklausel in der Landesverfassung die Beachtung der Vorgaben der Karlsruher Kollegen. CDU, SPD und Grüne bekamen so bestätigt, dass sie als Verfassungsgeber verfassungswidrig gehandelt hatten, ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

Versuch misslungen:

BBB nicht mundtot zu kriegen

Angeblich um die Dauer der Ratssitzungen zu verkürzen, tatsächlich aber, um die kleineren Fraktionen mundtot zu machen, führten die "Edeldemokraten" von CDU, FDP, Grünen und SPD im Stadtrat Redezeitbegrenzungen ein. Sie bedienten sich selbst ausgiebig, dem **BBB** gönnten sie für jeden Punkt der Tagesordnung maximal nur vier Minuten, um den eigenen Standpunkt zu erläutern. Die Ratssitzungen haben sich danach nachweislich nicht verkürzt. Und der **BBB** vertritt weiter im Rat unüberhörbar seine Meinung frei nach Martin Luther: "Tritt fest auf. Mach's Maul auf. Hör bald auf!"

BBB kritisiert pendelnde Beigeordnete:

Ist ihnen Bonn nicht attraktiv genug?

Nicht mittendrin in Bonn, wo sie ihr Geld verdienen, leben sie. Stattdessen machen sie sich nach Dienstschluss auf und davon. Gemeint sind die Spitzenbeamten der Stadtverwaltung, die sich wie Stadtdirektor Wolfgang Fuchs und Beigeordnete Carolin Krause dann auf den Weg nach Köln machen oder wie Beigeordneter Helmut Wiesner nach Brühl. Einst war es selbstverständlich, dass in Bonn nur gewählt wurde, wer auch versprach, Bonner zu werden. Der **BBB** kritisiert, dass diese Pendler die Ergebnisse ihrer Arbeit im Alltag gar nicht erleben und auch aus ihren Familien keine Resonanz dazu vernehmen können. Nur wer in "seiner" Stadt auch lebt, wird in ihr heimisch und erfährt, wo die Bewohner der Schuh drückt.

Grundstück Beuys-Allee/Genscher Allee

Gewinne wurden privatisiert

Ende 2010 wurde es als Wohngrundstück im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme Regierungsviertel für 265 Euro/m² verkauft. Das Grundstück wurde anschließend nicht bebaut, sondern mehrfach verkauft. Dann änderte die Stadt das Baurecht. Jetzt kann das Grundstück doppelt so intensiv und mit einem Büro statt mit einem Wohnhaus bebaut werden. Der Wert stieg 2014 so auf 530 Euro/m². Der Investor freut sich: Eine Nachzahlung bei Erhöhung der Ausnutzung hatte man schlicht "vergessen".



Ehemaliger Schlachthof Immenburgstraße

"Hotel zur Müllverbrennung"?

Seit 5 Jahren liegt das städtische Gelände brach und verkommt. Statt darauf wieder Gewerbe anzusiedeln, wird ernsthaft darüber verhandelt, neben der Müllverbrennungsanlage den Bau eines Veranstaltungszentrums für bis zu 1.750 Besucher sowie 15 Restaurants, ein Hotel, ein Fitnesszentrum sowie Büros mit 8.000 m² Fläche zuzulassen. Für den **BBB** ist das ein Stück Stadtplanung aus dem Tollhaus, zumal neben der MVA über eine Klärschlammverbrennung nachgedacht wird.



Ehemaliges Opelhaus Reuterbrücke:

Stadt zum Dank abkassiert

232 Wohneinheiten in verdichteter Bauweise mit bis zu 7 Geschossen ermöglichte die Stadt der Hamburger Garbe Wohnbau auf dem Gelände des Opelhauses Reuterbrücke zum Verdross nicht weniger Bewohner der umliegenden Wohnquartiere. Bei der Einrichtung einer Tageseinrichtung für 30 Kinder schaltete der Investor auf. Er verlangte mit 10,36 Euro/m² eine höhere Miete als das KiBiz erstattet. Auf der Differenz von 8.400 Euro p.a. bleibt die Stadt nun sitzen.



Auch kleine Baumaßnahmen laufen aus dem Ruder

Nicht nur mit Pleiten und Kostenexplosionen wie beim Konferenzzentrum, dem Haus der Bildung oder der Beethovenhalle erlangt die Stadt Bonn bundesweit Aufmerksamkeit, sondern auch schon mit kleineren Baumaßnahmen. Der Bund der Steuerzahler griff die Kostenentwicklung beim Bau der Rettungswache für den Hardtberg auf, die statt 1,4 Mio. Euro am Ende satte 650.000 Euro mehr kostete. "Eine sorgfältige und ausführliche Planung hätte so manche Überraschung erspart", stellte er fest. Dem kann der **BBB** nur zustimmen.



Markthalle Beuel: Déus : Fenninger = 1:0

Die Markthallen in Beuel bleiben erhalten und fallen nicht einem Betriebshof der Stadtreinigung zum Opfer. So beschloss es der Rat mit 39:33 Stimmen zur Freude der dort beheimateten zwölf Händler. Zuvor hatte Georg Fenninger, lange als Geschäftsführer de facto amtierender Vorsitzender der CDU-Fraktion, noch getönt: "In diesem Fall müssen wir die gesamtstädtischen Interessen höher als die Beueler Interessen bewerten." Beuels CDU-Bürgermeister Guido Déus hielt dagegen: "Für diese Idee wird es in Beuel keine Mehrheit geben" und setzte sich durch.



Liste der städtischen Leerstände zeigt:

Selbst neben dem Stadthaus stehen Häuser leer

Auf **BBB**-Antrag hin legte der OB eine aktuelle Liste leer stehender städtischer Gebäude vor, die insgesamt 34 ganz unterschiedliche Objekte vom Viktoriabad bis zu einer Dachgeschoßwohnung umfasst. Zwölf dieser Gebäude könnten mit hohen Investitionen für Wohnzwecke hergerichtet werden. Allerdings fehle es an Personal und auch an Geld. Darauf beruft sich die Verwaltung seit Jahren. Der **BBB** kritisiert das seit langem, denn Wohnungen fehlen in Bonn und die Stadt hat im letzten Jahr monatlich 958.000 Euro für Anmietungen ausgegeben. Ein besonderes Ärgernis sind für den **BBB** die Häuser Budapeststraße 19 und 21 schräg gegenüber dem Stadthaus, die seit über sechs Jahren leer stehen. Statt sie wieder in Schuss zu bringen und selbst zu nutzen, mietete die Verwaltung lieber in der benachbarten Stadthausloggia zwei Etagen an.